

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 886 846 ppbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Peter Conradi MdB zum Projekt des Deutschen Historischen Museums in Berlin: Ein Ort des Lernens und des Diskurses.

Seite 1

Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB zur Unterzeichnung der Weimarer Reichsverfassung vor 70 Jahren: Erstmals das Volk als Souverän benannt.

Seite 4

Horst Niggemeier MdB zur Rot-Grün-Projektion des Herrn Dr. Röttgers: Nordrhein-westfälische Wunschträume der CDU.

Seite 5

### Dokumentation:

Anlässlich der 50. Wiederkehr des Überfalls Hitlers auf Polen am 1. September 1939 verabschiedete der Vorstand der „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten. (AvS) einen Rückblick, den wir im Wortlaut dokumentieren.

Seite 6

44. Jahrgang / 152

10. August 1989

Ein Ort des Lernens und des Diskurses

Zum Projekt des Deutschen Historischen Museums in Berlin

Von Peter Conradi MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Deutschen Bundestages

Der Streit um das in Berlin geplante Deutsche Historische Museum macht deutlich: Projekte dieser Art dürfen nicht als „Partei-Projekte“ behandelt werden. Ein Vorhaben dieser Größe zu realisieren, dauert länger als eine Legislaturperiode. Wechseln die politischen Mehrheiten durch eine Wahl, wie das in Berlin im Januar geschehen ist, dann gerät ein derartiges Projekt in Gefahr, wenn nicht vorher ein breiter Konsens darüber gesucht und gebildet wurde. Helmut Kohl und Eberhard Diepgen haben das Vorhaben „Deutsches Historisches Museum“ zu sehr als Partei-Projekt behandelt, als „Geschenk des Bundeskanzlers an Berlin“, zu dem man die Zustimmung der Opposition im Bundestag und im Berliner Abgeordnetenhaus nicht nötig hatte. Das rächt sich nun. Zur Zeit stockt das Projekt.

Es wäre unrealistisch, wollte die Bundesregierung es mit Drohungen, gar mit einem Ultimatum erzwingen. Die neue Mehrheit im Berliner Abgeordnetenhaus sollte daraus lernen und nun nicht ihrerseits das Projekt parteilich behandeln. So verständlich es sein mag, daß die kleinere Regierungspartei sich profilieren muß, das Deutsche Historische Museum ist dazu wenig geeignet, zumal auch viele Wähler der AL ein Vorhaben dieser Art interessant für Berlin finden. Statt eines platten Neins gilt es, mit der Bundesregierung in Ruhe einen tragfähigen Kompromiß zu suchen. Soll er auch die Bundestagswahl 1990 und einen möglichen Regierungswechsel in Bonn überdauern, dann wird es gut sein, die derzeitige Opposition in Bonn zuzuziehen. Das hat sich beispielsweise bei den Bonner Parlamentsbauten bewährt, die nicht als Partei- und Fraktionssache galten, sondern von einer Mehrheit quer durch die Fraktionen getragen wurden.

Die SPD in Bonn bejaht das Projekt „Deutsches Historisches Museum“ (DHM). Wir finden es gut und notwendig, die deutsche Geschichte mit ihren Widersprüchen, Konflikten und Verflechtungen in einem Museum darzustellen: Nicht museal als Ausstellung einer abgeschlossenen Sache, sondern offen für lebhaftes Auseinandersetzen über unterschiedliche Interpretationen und Wertungen

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
mit 100% Recycling-Papier



unserer Geschichte: nicht als Ort der repräsentativen Selbstdarstellung und historischen Überhöhung, sondern als Ort des Lernens, der Anschauung und des Diskurses. Wir wollen in diesem Museum keine „Reliquien“, sondern Bilder und Gegenstände, die Geschichte anschaulich machen. Aus Bismarcks Pfeife ist nichts zu lernen. Der Wochenlohn der Landarbeiter auf seinem Gut und die Waren, die man von diesem Wochenlohn kaufen konnte, machen Geschichte anschaulich.

Weil wir das Museum nicht als toten Repräsentationsort, sondern als lebendigen Ort der Auseinandersetzungen sehen, wollen wir, daß in seinen Aufsichts- und Leitungsgremien die Gesellschaft, das Volk vertreten ist, nicht nur die Regierungen und ihre Bürokratien. Das Volk wird durch die Parlamente vertreten, deshalb wollen wir, daß Bundestag und Abgeordnetenhaus in den Gremien des DHM vertreten sind. Damit bekommt das Deutsche Historische Museum auch eine Kontinuität, die über die Dauer von Legislaturperioden und Regierungswechseln trägt.

Es erscheint mir durchaus möglich, über die Konzeption des Museums und über die Zusammensetzung seiner Gremien einen breiten Konsens zu entwickeln, der auch die Berliner AL einschließt. Weit schwieriger wird es sein, Konsens über Bauplatz und Bau herzustellen.

Die Berliner SPD, die früher einen Standort in der Nachbarschaft des Reichstag für richtig hielt, hat ihre Meinung offenbar geändert und sucht jetzt nach anderen Standorten. Die Standortwahl ist nicht mit planungs- und baurechtlichen Argumenten zu lösen. Es geht vielmehr darum, für das Deutsche Historische Museum einen richtigen Standort in der Stadt zu finden. Wo sollte das Museum unter stadtplanerischen Gesichtspunkten stehen? Welche städtebauliche Nachbarschaft ist angemessen? Woher kommen die Besucher? Die Standortfrage ist eine inhaltliche, keine planungsrechtliche Frage.

Der Standort am Reichstag erscheint auch mir problematisch. Er ist historisch belastet, und jedes Gebäude, das dort gebaut wird, ist eine Vorentscheidung für eine spätere Bebauung dieses Geländes, die heute nicht einmal in nebelhaften Umrissen erkennbar ist. Auch städtebaulich erscheint es mir falsch, neben dem Reichstag eine zweite Baumaßnahme - in ihrer Kubatur größer als das Reichstagsgebäude - auf das Gelände zu stellen. Möglicherweise werden das für lange Zeit die einzigen Bauten auf diesem Gelände sein. Die Erfahrungen mit den beziehungslos nebeneinanderstehenden Solitären Philharmonie, Staatsbibliothek und Nationalgalerie auf dem Kulturforum sollten uns warnen, nun auf dem Reichstagsgelände ebenfalls eine Versammlung von Solitären zu beginnen.

Meine Schwierigkeiten mit dem Entwurf von Aldo Rossi: Ich verkenne nicht die formalen Qualitäten und intellektuellen Reize dieses Entwurfs. Aber er ist mir zu monumental, zu theatralisch, zu kulissenhaft. Es erscheint mir etwas platt, ein Museum über Geschichte mit geschichtlichen Baumotiven zu bauen. Interessanter wäre die dialektische Spannung, die daraus entstehen könnte, ein Museum, das die Vergangenheit darstellt, mit Architekturformen zu bauen, die in die Zukunft weisen.

Der Protest der Preisrichter des Wettbewerbs ist verständlich. Sie haben sich mit dem Wettbewerb viel Mühe gemacht und nach bestem Wissen und Gewissen entschieden. Weniger verständlich ist die Kritik von Architekturjournalisten daran, daß der 1. Preis des Wettbewerbs nun in Frage gestellt wird. Architekturkritiker sollten wissen, daß es viele 1. Preise bei Wettbewerben gab, die nicht gebaut wurden, darunter manche, über deren Nicht-Realisierung wir heute froh sind. Andererseits hat es 1. Preise gegeben, von berühmten Preisgerichten ausgewählt, die besser nicht gebaut worden wären, zum Beispiel das Bonner Stadthaus. Es gehört nun einmal zu den Grundregeln des Architektenwettbewerbs, daß der Bauherr das Recht hat, dem Rat der Preisrichter nicht zu folgen. Wer dieses Recht in Zweifel zieht, schadet der Institution des Wettbewerbs.

Den 1. Preis des DHM-Wettbewerbs kann man nicht einfach an einer anderen Stelle bauen. Soll ein zweiter Wettbewerb stattfinden? Das wird schwierig. Sollen nur die Preisträger des ersten Wettbewerbs eingeladen werden, oder soll es ein offener Wettbewerb sein? Manchmal hat es einer Bauaufgabe gut getan, wenn der Bauherr sie einige Jahre lang liegen ließ und dann einen neuen Versuch

wagte. Wer sagt denn, daß den Architekten in einigen Jahren nicht ganz andere und weit bessere Lösungen einfallen als heute? Stehen wir unter Zeitdruck? Bei einem derartigen Projekt, das Generationen überdauern soll, kommt es auf ein Jahr mehr oder weniger bei der Planung nicht an. Es muß ja nicht gleich zwanzig Jahre lang dauern wie bei den Projekten des Deutschen Bundestages, obgleich der ein Beispiel dafür sein kann, daß eine lange Zeit des Nachdenkens, Streitens und Planens der Qualität des Projekts am Schluß nicht abträglich sein muß.

Der Direktor des Deutschen Historischen Museums und seine Mannschaft wollen nicht ein Jahrzehnt warten, bis sie endlich ausstellen können. Das ist sehr verständlich. Angesichts der zu erwartenden langen Planungs- und Bauzeit - ich schätze insgesamt acht bis zehn Jahre - wäre es sinnvoll, nach einer Interimslösung zu suchen, einem Bau, in dem das Museum jetzt schon seine Arbeit aufnehmen und seine Konzeption in der Arbeit erproben und weiter entwickeln kann. Berlin hat eine Fülle von Bauten, zum Teil historischen Bauten, die ohne allzu großen Aufwand das Museum aufnehmen könnten, bis der Neubau endlich steht.

Warum überhaupt einen Neubau? Auch diese Frage verdient es, noch einmal überdacht zu werden. Es gibt eine große Zahl von Gebäuden in Berlin, die für die ständige Unterbringung des DHM geeignet wären, zum Beispiel die AEG-Turbinenhalle von Peter Behrens, der Hamburger Bahnhof oder das ehemalige Arbeitsschuttmuseum am Ernst-Reuter-Platz. Vielleicht ist es leichter, über eine derartige Lösung einen Konsens zu finden als über einen Neubau?

Ich will mit meiner persönlichen Meinung nicht hinterm Berg bleiben: Der am besten geeignete Bau für das Deutsche Historische Museum ist für mich das Reichstagsgebäude. Jetzt der Aufschrei von rechts: Verrat an der deutschen Einheit! Verzichtspolitiker! Ich finde die gegenwärtige Nutzung des Reichstagsgebäudes genauso hohl und nichtssagend wie den staatlichen Feiertag des 17. Juni. Es geht nicht um formale Fragen, es geht um Inhalte. Das hat die kluge Rede Erhard Eplers am 17. Juni 1989 gezeigt.

Der Reichstag wird heute gelegentlich für Tagungen, für Sitzungen der Bundestagsausschüsse und -fraktionen, für einige Abgeordnetenbüros und für eine permanente Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“ genutzt. Diese Mischung von Nutzungen macht die Unentschiedenheit, die Unsicherheit im Umgang mit dem Reichstagsgebäude deutlich. Der Plan einiger CDU-Politiker, die Glaskuppel des alten Wallot-Gebäudes über dem Reichstagsaal zu rekonstruieren, würde das Gebäude endgültig in eine Mumie, ein einbalsamiertes Baudenkmal verwandeln.

Machen wir uns nichts vor: Für eine Nutzung durch ein Parlament ist das Reichstagsgebäude völlig ungeeignet. Der Saal ist zu klein, die Büroräume wären zu hoch. Ausschuß- und Nebenräume unzureichend. Wenn die beiden heutigen deutschen Staaten sich im „Gemeinsamen Europäischen Haus“ eines Tages soweit näherkommen, daß sie eine gemeinsame Volksvertretung brauchen, dann wird diese nicht im alten Reichstagsgebäude arbeiten können. Dann werden wir neben dem Reichstagsgebäude ein neues Parlament bauen. Ich wäre gern wieder dabei, denn das wird eine spannende Bauaufgabe, aber ich fürchte, daß ich das nicht mehr erleben werde.

Wäre es nicht ehrlicher, das Reichstagsgebäude jetzt für einen neuen Zweck zu nutzen, statt es als „Parlamentsbau im Wartestand“ für eine ungewisse Zukunft zu konservieren? Die hohen Räume und weiten Flure und Wandelhallen sind für Ausstellungszwecke vorzüglich geeignet. Der große Saal kann für Kongresse genutzt werden, kleinere Räume bieten sich für Seminare an. Was spricht dagegen, das Reichstagsgebäude, das in der deutschen Geschichte einige Jahrzehnte lang eine wichtige Rolle gespielt hat, zu einem Deutschen Historischen Museum zu machen und das freie Gelände rundum für eine Zukunft freizuhalten, in der die beiden deutschen Staaten sich wieder näherkommen, möglicherweise sogar eine neue Form der Einheit finden? Für diese Lösung gibt es zur Zeit noch keinen Konsens, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß sie in der Auseinandersetzung über das Deutsche Historische Museum der Kompromiß wird, auf den sich alle Beteiligten verständigen können.

(-/10.8.1989/vo-he/rs)

Erstmals das Volk als Souverän benannt

---

Zur Unterzeichnung der Weimarer Reichsverfassung vor 70 Jahren

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB  
Stellvertretende SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende

Am 11. August 1919 setzte der Sozialdemokrat Friedrich Ebert als Reichspräsident seine Unterschrift unter den ihm von der Nationalversammlung vorgelegten Entwurf der Weimarer Reichsverfassung. Damit trat die neue Verfassung in Kraft, die erstmals das deutsche Volk als Souverän benannte.

Der monarchistische Obrigkeitsstaat war mit der Abdankung Kaiser Wilhelm II. am 9. November 1918 zusammengebrochen, das Vertrauen in die bisherige militärische und politische Führungsschicht erschüttert. Sozialdemokraten waren es, die zur politisch führenden Kraft wurden. Sie strebten grundlegende demokratische Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft an, mußten sich dabei jedoch auf Beamte und Richter aus der Kaiserzeit stützen, die als unkündbare, lebenslange Beamte und unabhängige Richter von der demokratischen Republik übernommen worden waren.

Die Weimarer Verfassung, von Sozialdemokraten maßgeblich beeinflußt, führte das parlamentarische System sowie das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlrecht erstmalig auch für Frauen ein, die bis dahin von der politischen Willensbildung ausgeschlossen waren. Dazu konnte das Volk unmittelbar den Reichspräsidenten wählen und durch Volksbegehren und Volksentscheid Einfluß auf die Gesetzgebung des Reichs nehmen. Auch in einem weiteren Punkt hebt sich die Weimarer Reichsverfassung von ihrer Vorgängerin, der Bismarck'schen Reichsverfassung von 1871, wohltuend ab: Während diese sich noch ganz auf die Lösung des Problems der nationalen Einheit konzentrierte und auf eine Verbürgung von Grundrechten in der Verfassung deshalb verzichtete, räumte die Weimarer Reichsverfassung den Bürgerinnen und Bürgern, wenn auch nicht unmittelbar, solche wichtigen Grundrechte wie die Freiheit der Person, die Meinungsfreiheit, das Briefgeheimnis und den Gleichheitsgrundsatz ein.

Trotz aller Bemühungen demokratisch gesinnter Kräfte konnte die Weimarer Reichsverfassung von 1919 nicht lange wirken; sie wurde am 24. März 1933 durch das Nazi-Regime mit dem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ faktisch liquidiert. Es wäre ungerechtfertigt, die Weimarer Verfassung deshalb schon zu verwerfen, weil sie den Belastungen, denen sie nach dem ersten Jahrzehnt ihrer Geltung ausgesetzt war, nicht genügte. Denn es darf nicht vergessen werden, daß dem demokratisch angelegten Staat von Weimar eine republikanische Gesellschaft nicht entsprach. Auch deshalb ist Bonn nicht Weimar!

(-/10.8.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

Nordrhein-westfälische Wunschträume der CDU

Zur Rot-Grün-Projektion des Herrn Dr. Röttgers

Von Horst Niggemeier MdB

Dem Parlamentarischen Geschäftsführer Dr. Jürgen Röttgers von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind offenbar seine heimlichen Wunschträume in die Feder geflossen, als er die „Jedermann-weiß-es“-Nachricht verbreitete, daß die SPD „den rot-grünen Rubikon längst überschritten“ habe.

Ein Indiz dafür meint der christdemokratische Wunschträumer unter anderem in der Nicht-Aussage von Johannes Rau erkannt zu haben; und das liest sich so:

„Johannes Rau peinliches Schweigen enthüllt mehr über rot-grüne Absichten in Nordrhein-Westfalen als 1.000 abwiegelnde Worte.“

Was nur wird dieser Tausendsassa von Parlamentarischen Geschäftsführer sagen, wenn Johannes Rau in der nächsten Woche aus seinem wohlverdienten Urlaub zurück ist und dann vor der Presse ein klares Wort und nicht „1.000 abwiegelnde Worte“ zu der höchst überflüssigen Rot-Grün-Debatte sagen wird. Daß dies so geschehen wird, kann schon allein deshalb ohne jede prophetische Gabe vorausgesagt werden, weil die nordrhein-westfälische SPD im bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik mit Johannes Rau gleich zweimal hintereinander bei den Landtagswahlen mit absoluter Mehrheit das Vertrauen der Wählerschaft hinter sich gebracht und die Grünen aus dem Landtag herausgehalten hat.

Ein dritter Wahlsieg mit absoluter SPD-Mehrheit im Mai 1990 kann nur noch verhindert werden durch „das Tölpelstück mit dem Titel Koalitionsdebatte“ (Stuttgarter Zeitung), wenn es denn weiter fortgesetzt werden sollte. Also wird Bruder Johannes nach dem Bibelwort handeln, das da lautet: „Deine Rede sei Ja, Ja, Nein, Nein. Alles andere ist von Übel.“

Johannes Rau weiß, daß seine Wahlsiege in Nordrhein-Westfalen nicht durch rot-grüne Turtefeien, sondern durch eine selbstbewußte und leistungsfähige, weit gut organisierte Landes-SPD gegen die Grünen und die CDU errungen wurden.

Daß es bei dieser klaren Linie des Erfolges in Nordrhein-Westfalen bleiben wird, dürfte - sicher sehr zur Enttäuschung der Union - völlig außer Zweifel sein. Daran ändern auch solche Töne nichts, wie sie von dem niedersächsischen SPD-Parteivorstandsmitglied Professor Peter von Oertzen kürzlich zu hören waren. Danach hält er die Grünen für „uneingeschränkt koalitionsfähig“ und beklagt die mangelnde Bereitschaft vieler Sozialdemokraten „eine rot-grüne Koalition mitzutragen“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 4. August).

Wenngleich dem so argumentierenden Professor zugute gehalten werden muß, daß es ihm in der Vergangenheit in Niedersachsen nicht gelungen ist, unter seiner Führung Wahlniederlagen zu vermeiden, bleibt ihm aus der Sicht der erfolgreichen NRW-SPD mit seinen rot-grünen Koalitions-Gedanken nur die Rolle eines Außenseiters.

Wollte Johannes Rau in Nordrhein-Westfalen so denken, wie Peter von Oertzen in Niedersachsen spricht, dann wäre der nächste Wahlsieg in NRW verspielt. Niemand in der bundesweiten SPD wird ernsthaft erwarten, daß sich die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten als Akteure für ein solches „Tölpelstück“ zur Verfügung stellen. (-/10.8.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

## DOKUMENTATION

"Hitler bedeutet Krieg"

Anläßlich der 50. Wiederkehr des Überfalls Hitlers auf Polen am 1. September 1939 verabschiedete der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS) einen Rückblick, den wir im Wortlaut dokumentieren.

Beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges veröffentlichte der Exil-Vorstand der SPD im Wochenblatt „Neuer Vorwärts“, das damals in Paris erschien, einen Aufruf „An das deutsche Volk!“ Darin heißt es:

„Mit einem verbrecherischen Angriff Hitlers hat der Krieg begonnen. ... Die Vernichtung der Freiheit und die Zerstörung des Weltfriedens waren von Anfang an der Inhalt der nationalsozialistischen Politik. Der Sturz Hitlers ist deshalb das Ziel, für das wir kämpfen werden gemeinsam mit allen demokratischen Kräften in Europa. ... Als verbündete Kraft an der Seite aller Gegner Hitlers, die für die Freiheit und die Kultur Europas kämpfen, werden wir im Kriege in diesem Sinne wirken. ... Ein Frieden, der die Gewaltakte Hitlers wieder gutmacht, dem totalitären System ein Ende setzt und dem deutschen Volke wie allen vergewaltigten Völkern Recht und Freiheit wiedergibt, ist das Ziel unserer Politik.“

Die Sozialdemokratie hatte in der Weimarer Republik gewarnt: „Hitler bedeutet Krieg!“ Nachdem Hitler Reichskanzler geworden war, zerschlug seine Regierung die deutsche Arbeiterbewegung und unterdrückte alle demokratischen Kräfte im Lande. Unterstützt von den Machteliten, von Mitgliedern und „Mitläufern“ der NSDAP, festigte sich das Regime immer mehr. Ein Großteil des irreführenden, verblendeten deutschen Volkes duldete das. Diejenigen, die sich dagegen auflehnten, wurden durch beispiellosen Terror ihrer Freiheit und oft ihres Lebens beraubt.

Der deutsche Widerstand und seine Vertreter im Exil bemühten sich darum, den menschenverachtenden Charakter der NS-Herrschaft und deren kriegerische Eroberungsziele aller Welt bekannt zu machen. Daß Hitlers Friedensbeteuerungen nichts als Betrug waren, mußte vor allem den europäischen Großmächten klargemacht werden, um sie zu einer auf Schwächung des NS-Regimes abzielenden Politik zu bewegen. Denn zur Stärkung der Nazi-Diktatur trugen deren außenpolitische Erfolge in hohem Maße bei: das Reichskonkordat mit dem Vatikan (Juli 1933), der Nichtangriffs- und Freundschaftspakt mit Polen (Januar 1934), die Rückgliederung des Saargebiets in das Deutsche Reich (nach der Saarabstimmung vom Januar 1935), das Flottenabkommen mit Großbritannien (Juni 1935), die Berliner Olympischen Spiele (Sommer 1936), die deutsche Mitwirkung am Sieg der Franco-Diktatur im Spanischen Bürgerkrieg (1936-1939), die Annexion Österreichs (März 1938), die Zerschlagung und deutsche Besetzung der Tschechoslowakei (Münchener Abkommen vom September 1938 und Annexion des „Protektorats Böhmen und Mähren“ im März 1939). Am 23. August 1939 wurde der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt geschlossen, gefolgt vom deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939. Daraufhin erklärten Großbritannien und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg.

Der Zweite Weltkrieg mit seinen entsetzlichen Menschenopfern und grauenhaften Verwüstungen endete mit tiefgreifenden Veränderungen der Weltkarte und der internationalen Mächtekonstellationen. Daß dieser Krieg vom Großdeutschen Reich entfesselt und mit unvorstellbarer Grausamkeit geführt worden war, daß der Sieg der Alliierten die Befreiung der besetzten Länder und des deutschen Volkes von der NS-Diktatur bedeutete, daß der Verlust der deutschen Ostgebiete und die Teilung Deutschlands Ergebnisse des von Deutschen verschuldeten Krieges sind - dies haben in beiden deutschen Staaten die Menschen eingesehen und sie sind überzeugt, daß Krieg nie wieder ein Mittel der Politik werden darf.

Die Konsequenz aus der Friedensbereitschaft der Völker zog Willy Brandt mit der von ihm initiierten sozialdemokratischen Ost- und Entspannungspolitik. Obwohl er sie als Außenminister, dann als Bundeskanzler gegen massiven Widerstand durchsetzen mußte, wurde sie auch nach der „Wende“ in Bonn nicht rückgängig gemacht. Auch die Entwicklung in der Sowjetunion unter der Führung Michail Gorbatschows und in anderen osteuropäischen Staaten eröffnet die Perspektive auf militärische Abrüstung, Zusammenarbeit der Regierungen in lebenswichtigen Fragen und menschliche Kontakte zwischen den Völkern.

Den Frieden in Europa weiterhin zu sichern und dazu beizutragen, Kriege und soziales Elend in anderen Kontinenten zu beenden, bleiben Ziele und Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie und der Sozialistischen Internationale.

\* \* \*

(-/10.8.1989/vo-he/rs)